|  |
| --- |
| **Probleme der Ersten Republik – Erste Demokratieerfahrungen in Österreich** |

Die Erste Republik hatte mit vielen Problemen zu kämpfen:

Nach dem Ersten Weltkrieg war – als Kriegsfolge – die wirtschaftliche Lage schlecht, das Geld wurde immer weniger wert (Inflation), und viele Menschen waren arbeitslos und hungerten. Österreich musste die Staatsschulden der ehemaligen Monarchie Österreich-Ungarn übernehmen. Da Österreich-Ungarn den Ersten Weltkrieg begonnen und verloren hatte, musste die Republik Österreich Kriegsentschädigungszahlungen (Reparationszahlungen) an die Siegermächte (die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Irland, Frankreich und Italien) leisten. Die Inflation konnte zunächst gestoppt werden. Mit der Einführung der Schilling-Währung 1924 achteten die konservativen Regierungen (die Sozialdemokratische Arbeiterpartei war ab 1920 nicht an der Regierung beteiligt, sondern in Opposition) darauf, dass es zu keiner neuen Inflation kommen und der Staat sich nicht zu sehr verschulden sollte. Damit dieses Ziel erreicht werden konnte wurden Ausgaben des Staates (z.B. Löhne der BeamtInnen, Pensionen) gekürzt und Steuern eingeführt bzw. erhöht.

Daher blieb den Menschen weniger Geld übrig, sie konnten weniger Waren kaufen. Viele Betriebe mussten schließen; die Arbeitslosigkeit stieg immer weiter an. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise ab 1928 verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage erneut.

(Die Menschen glaubten nicht daran, dass die Republik Österreich wirtschaftlich und politisch überleben könnte. Die großen Parteien, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Christlichsozialen, waren vom System der parlamentarischen Demokratie nicht überzeugt. Die Parteien hatten in der Ersten Republik sehr viel Einfluss, nicht nur in der Politik, auch in den Bereichen des gesellschaftlichen Lebens: Das „linke“ und das „rechte Lager“ hatte jeweils bewaffnete Verbände ([paramilitärische Organisationen](http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissenslexikon/paramilitaerische-gruppe.html)), bei der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei war dies der [Republikanische Schutzbund](http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissenslexikon/republikanischer-schutzbund.html), der Christlichsozialen Partei stand die [Heimwehr](http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissenslexikon/heimwehr.html) nahe. Diese bewaffneten Verbände marschierten gegeneinander auf. 1927 wurden in Schattendorf im Burgenland bei einem Aufmarsch zwei Menschen getötet, das Gericht sprach die Täter frei. AnhängerInnen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei demonstrierten dagegen, stürmten den Justizpalast und setzten diesen in Brand. Die Polizei hatte den Befehl, auf die protestierenden ArbeiterInnen zu schießen, 90 Tote und ca. 600 Verletzte waren die Folge.)